



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Christian Hierneis BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 29.06.2023

Erweiterungsneubau eines Speichermagazins in der Leonrodstraße 57

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Was genau ist der Zweck/das Ziel des Bauvorhabens? | 3 |
| 1.2 | In welchem Planungsstand befindet sich das Bauvorhaben? | 3 |
| 1.3 | Welche Planungsschritte wurden bisher durchlaufen? | 3 |
| 2. | Wer ist/war in die Planung eingebunden (bitte für jeden einzelnen Planungsschritt angeben)? | 3 |
| 3.1 | Wie bewertet die Staatsregierung die Versiegelung im Zuge des Vorhabens? | 3 |
| 3.2 | Wie bewertet die Staatsregierung den Verlust von Bäumen, Sträuchern, Grünflächen und des Kinderspielplatzes im Zuge des Vorhabens? | 3 |
| 3.3 | Entspricht das Bauvorhaben den Maßstäben der Staatsregierung in Bezug auf Klimaanpassung, Schwammstadtprinzip und Schutz der Biodiversität? | 3 |
| 4.1 | Wie viel bisher unversiegelte Fläche wird vorübergehend für die Bautätigkeiten versiegelt und anschließend wieder in den vorherigen unversiegelten Zustand versetzt (bitte Maßnahmen erläutern)? | 4 |
| 4.2 | Wie viel bisher unversiegelte Fläche wird dauerhaft versiegelt? | 4 |
| 4.3 | Wie ist die Versiegelungsbilanz des Grundstücks vor und nach dem Erweiterungsneubau (bitte auch in Quadratmetern angeben)? | 4 |
| 5.1 | Wie viele Bäume werden gefällt? | 4 |
| 5.2 | Wie viele Sträucher werden entfernt? | 4 |
| 5.3 | Was wird nachgepflanzt (Bäume/Sträucher – bitte Anzahl angeben)? | 4 |
| 6.1 | Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die Verluste an unversiegelter Fläche, Bäumen und Sträuchern wieder auszugleichen? | 4 |
| 6.2 | Wo werden die Ausgleichsflächen geschaffen (bitte Ort und Umfang des Ausgleichs angeben)? | 4 |

7.1	Welche Alternativen zur aktuellen Planung gibt es?	5
7.2	Welche Alternativen zur aktuellen Planung wurden geprüft (bitte auch das Ergebnis der Alternativenprüfungen darlegen)?	5
7.3	Hält die Staatsregierung die Möglichkeit, das Speichermagazin an anderer Stelle (z. B. Leerstand mit ausreichend Platz) unterzubringen und in der Leonrodstraße 57 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, für bedenkenswert (bitte begründen)?	5
8.1	Besteht die Möglichkeit, die unterzubringenden Dokumente etc. zu digitalisieren und damit Platz zu sparen und damit das Bauvorhaben (teilweise) überflüssig zu machen (Antwort bitte begründen)?	5
8.2	Unterliegt die Fläche dem vom Münchner Stadtrat angenommenen Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“?	5
8.3	Welche Kosten entstehen durch das Bauvorhaben (bitte Gesamtkosten und nach Kostenträgern getrennt darstellen)?	5
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

vom 14.07.2023

1.1 Was genau ist der Zweck/das Ziel des Bauvorhabens?

Mit dem Magazinneubau werden dringend notwendige Erweiterungsflächen für das Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv München geschaffen. Der Neubau ist auch notwendig, um die datenschutzgerechten Lagerungsvoraussetzungen für analoge und digitale Archivalien sowie die Lagerungsbedingungen der umfangreichen Fotobestände zu verbessern und dringend benötigte weitere Magazinflächen zu schaffen.

1.2 In welchem Planungsstand befindet sich das Bauvorhaben?

1.3 Welche Planungsschritte wurden bisher durchlaufen?

Die Fragen 1.2 und 1.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Staatliche Bauamt München 1 hat die Planung zusammen mit von ihm beauftragten Planungsbüros erstellt. Der Haushaltsausschuss des Landtags hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2023 die haushaltsrechtliche Genehmigung der Projektplanung einstimmig erteilt. Für die geplante Vergabe an einen Totalunternehmer wurde eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm (sog. Funktionalausschreibung) erarbeitet.

2. Wer ist/war in die Planung eingebunden (bitte für jeden einzelnen Planungsschritt angeben)?

Die Planung wurde mit der Landeshauptstadt München, dem Landesamt für Denkmalpflege und der Regierung von Oberbayern abgestimmt.

3.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Versiegelung im Zuge des Vorhabens?

3.2 Wie bewertet die Staatsregierung den Verlust von Bäumen, Sträuchern, Grünflächen und des Kinderspielplatzes im Zuge des Vorhabens?

3.3 Entspricht das Bauvorhaben den Maßstäben der Staatsregierung in Bezug auf Klimaanpassung, Schwammstadtprinzip und Schutz der Biodiversität?

Die Fragen 3.1 bis 3.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Gebäudeumgriff bleibt bis auf Zuwegungen unversiegelt und wird begrünt. Die im Bereich des Baufeldes notwendigen Rodungsarbeiten sind eng mit der Unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt München abgestimmt. Im Wesentlichen handelt es sich um nicht schützenswerten und teilweise stark geschädigten Baum-

bestand. Die angrenzende Parkfläche (Spielplatz) wird in enger Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt München nach Abschluss der Baumaßnahme durch Neupflanzungen und Begrünungsmaßnahmen aufgewertet und steht dann der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung.

4.1 Wie viel bisher unversiegelte Fläche wird vorübergehend für die Bautätigkeiten versiegelt und anschließend wieder in den vorherigen unversiegelten Zustand versetzt (bitte Maßnahmen erläutern)?

Im Zuge der Maßnahme werden für die Baustelleneinrichtung punktuell temporäre Versiegelungen vorgenommen, z. B. im Bereich der Kranfundamente.

4.2 Wie viel bisher unversiegelte Fläche wird dauerhaft versiegelt?

4.3 Wie ist die Versiegelungsbilanz des Grundstücks vor und nach dem Erweiterungsneubau (bitte auch in Quadratmetern angeben)?

Die Fragen 4.2 und 4.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei einer Grundstücksfläche von rund 5 500 m² erhöht sich die versiegelte Fläche durch den Neubau von rund 2 150 m² (Faktor 0,4) auf rund 2 950 m² (Faktor 0,5).

5.1 Wie viele Bäume werden gefällt?

5.2 Wie viele Sträucher werden entfernt?

5.3 Was wird nachgepflanzt (Bäume/Sträucher – bitte Anzahl angeben)?

6.1 Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die Verluste an unversiegelter Fläche, Bäumen und Sträuchern wieder auszugleichen?

6.2 Wo werden die Ausgleichsflächen geschaffen (bitte Ort und Umfang des Ausgleichs angeben)?

Die Fragen 5.1 bis 6.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Gemäß genehmigtem Freiflächengestaltungsplan werden insgesamt 22 Bäume und Sträucher gefällt, darunter fünf Bäume, die der Baumschutzverordnung unterliegen. Einer dieser Bäume musste bereits wegen mangelnder Standsicherheit vorab entfernt werden. Entlang der nordwestlichen Grundstücksgrenze werden als Ersatz sechs standortgerechte Laubbäume gepflanzt. Außerdem sind zusätzliche Neupflanzungen von Bäumen und Sträuchern auf dem Grundstück vorgesehen.

Neben den genannten Begrünungsmaßnahmen wird das auf den Dächern des Neubaus und auf Teilen der Bestandsgebäude anfallende Regenwasser über eine Rigolenanlage im Erdreich versickert.

- 7.1 Welche Alternativen zur aktuellen Planung gibt es?**
- 7.2 Welche Alternativen zur aktuellen Planung wurden geprüft (bitte auch das Ergebnis der Alternativenprüfungen darlegen)?**
- 7.3 Hält die Staatsregierung die Möglichkeit, das Speichermagazin an anderer Stelle (z. B. Leerstand mit ausreichend Platz) unterzubringen und in der Leonrodstraße 57 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, für bedenkenswert (bitte begründen)?**

Die Fragen 7.1 bis 7.3 werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Grundstück befindet sich in der Grundbesitzverwaltung der Generaldirektion der Staatlichen Archive und wird bereits von dem Hauptstaatsarchiv genutzt. Es ist für die dringend benötigte Baumaßnahme ideal geeignet und seit Langem als Erweiterungsfläche vorgesehen. Planungsalternativen bestehen nicht.

- 8.1 Besteht die Möglichkeit, die unterzubringenden Dokumente etc. zu digitalisieren und damit Platz zu sparen und damit das Bauvorhaben (teilweise) überflüssig zu machen (Antwort bitte begründen)?**

Nach Art. 2 Archivgesetz wird das Archivgut, das von den staatlichen Behörden den Archiven angeboten wird, nach Prüfung der Archivwürdigkeit stets in dem originalen Medium übernommen und archiviert, da auch das Medium von Archivgut von Interesse für künftige Nutzungen sein kann. Eine Archivierung in Form einer Digitalisierung von analogen Unterlagen und einer Vernichtung dieser findet daher grundsätzlich nicht statt.

- 8.2 Unterliegt die Fläche dem vom Münchner Stadtrat angenommenen Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“?**

Die Landeshauptstadt München hat der Baumaßnahme zugestimmt.

- 8.3 Welche Kosten entstehen durch das Bauvorhaben (bitte Gesamtkosten und nach Kostenträgern getrennt darstellen)?**

Die Gesamtkosten für das Bauvorhaben in Höhe von rund 15 Mio. Euro werden vom Freistaat getragen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fussnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.